



Nachgehakt: UVC-Vorsitzender Markus Heinig fühlte seinem Gast Reiner Holznel (l.) nach dessen Vortrag noch einmal auf den Zahn.

Foto: Koppe

Experte fordert Entlastung

Steuerzahlerbund-Chef Holznel ging mit der Steuerpolitik der Koalition ins Gericht / Schwenk ins Lokale

Von Kai Koppe

CUXHAVEN. Einen prominenten Gast hieß der Unternehmensverband Cuxhaven (UVC) am Donnerstag in seiner Mitte willkommen: Reiner Holznel, Präsident des Bundes der Steuerzahler, sprach vor Gästen aus Wirtschaft, Politik und Stadtleben über die Steuerpolitik der Großen Koalition, über „Bürokratiemonster“ und über die Kassenlage der Nation.

Dass die Schuldenuhr inzwischen rückwärts läuft, ist Holznel zufolge kein Kunststück: Bis zum Jahr 2022 werde das Volumen der Steuereinnahmen auf annähernd 900 Milliarden Euro steigen. Überschüsse in Höhe von bis zu 15 Milliarden prophezeit Holznel; der Bürger allerdings – das war die Botschaft des Abends im voll besetzten Veranstaltungssaal der Dentalprodukte-Hersteller Voco – profitiert viel zu wenig davon. Allerdings geht es dem Präsidenten des Steuerzahler-Bundes nicht nur um Steuersenkung, sondern auch um den Abbau von Bürokratie: Dass die Bundesrepublik tatsächlich über das komplizierteste Steuerrecht verfügt, mochte Holznel am Donnerstagabend

nicht beschwören, keinen Zweifel ließ er allerdings daran, dass die Koalitionsvereinbarungen der „Groko“ aus Union und SPD aus Sicht des Bundes der Steuerzahler ein paar Ernüchterungen bereithalten. Als „sehr schmerzhaft“ bezeichnete der 41-Jährige den Umstand, dass die neue Bundesregierung die bislang bei Zinserträgen fällig werdende Abgeltungssteuer abschafft. Dass führe weder zu weniger Steuer, noch zu einer Vereinfachung, sagte Holznel, der vor einem „Bürokratiemonster“ warnte. Halberzig ist für ihn auch der Koalitionsbeschluss zum Thema „Soli“: Statt ab 2021 hätte man den Zuschlag gleich abbauen müssen, kritisierte der UVC-Gastredner, der sich wünschen würde, dass Pauschbeträge angepasst und das gesamte Steuersystem (zugunsten größerer Akzeptanz) verständlicher gemacht würde.

Um effektive, das heißt: sich in Zahlen ausdrückende Entlastungen, wird die Politik aus seiner Sicht aber gar nicht herum kommen: „Trump wird uns dazu zwingen“, versicherte Holznel und knüpfte in diesem Punkt an das Grußwort des UVC-Vorsitzenden Thomas Windgassen an. Jener hatte der „Groko“ mangelnden

Mut attestiert und mit Blick über den großen Teich vor zunehmendem internationalen Wettbewerbsdruck gewarnt. „Siemens will neue Gasturbinen ausschließlich in North-Carolina bauen“, gab Windgassen zu bedenken und fordert eine „zügige Unternehmenssteuerreform“. Dem Steuerzahler-Bund ist innerhalb dieses Konglomerats vor allem die Gewerbesteuer ein Dorn im Auge: Sie gehöre nicht in ein zeitgemäßes Steuerrecht; ihre Abschaffung würde die kommunalen Haushalte vor „Fluktuationen“ bewahren.

Ein Satz, auf den viele Zuhörer gewartet zu haben schienen: Hälse wurden gereckt, um die Wirkung dieser Worte in Reihe eins mitverfolgen zu können. Dort saßen unter anderem der Oberbürgermeister und seine Stadtkämmerin; beide hatten mit diesem Schwenk ins Lokale gerechnet,

der in einer abschließenden Diskussion fortgeführt wurde: Ob er sich der UVC-Meinung anschließen würde, dass die geplante Gewerbesteuererhöhung auf 465 Zähler „völlig überzogen“ sei, wollte Gastgeber Markus Heinig von seinem Gastreferenten wissen. „Ja“, kam es zurück, was nicht bedeutet, dass Holznel am Donnerstag sämtlichen Unternehmerpositionen vorbehaltlos beipflichtet hätte.

Auf Nachfrage aus Tourismuskreisen erhob er zwar Zweifel daran, dass die Bettensteuer für die Kommunen ein lukratives Geschäft sei, erinnerte aber auch daran, dass die in der Branche gepriesene Mehrwertsteuersenkung für Hoteliers (2009) „einen Rattenschwanz von Problemen“ erzeugt habe. Einen Hinweis, dass der stationäre Einzelhandel in puncto Mehrwertsteuer das Nachsehen gegenüber den Online-Versendern habe, kommentierte Holznel, in dem er betonte, dass Steuerrecht „nicht dazu da“ sei, „wirtschaftliche Probleme zu lösen“. Bei einer Frage zur Kreisumlage musste der BdSt-Präsident passen, antwortete aber scherzhaft mit den Worten „immer zu hoch!“.

Was ist der BdSt?

- » Der „Bund der Steuerzahler“ wurde 1949 gegründet und hat heute mehr als **250 000 Mitglieder**.
- » Er ist überparteilich und unabhängig.
- » Bekannt ist sein jährliches **Schwarzbuch** „Öffentliche Verschwendung“.